

Mieten runter – Einkommen rauf!

Selbstbestimmtes statt profitorientiertes Wohnen!

Ausverkauf + Privatisierung + Mietsteigerungen + Zwangsräumungen + Verdrängung +

Die Mieten sind in Nürnberg um 30% in den letzten Jahren gestiegen, von den Einkommen kann man selbiges nicht behaupten. Die Erwerbslosigkeit hat sich in Nürnberg in den letzten Jahren halbiert, zeitgleich stieg der Anteil derer, die von Armut bedroht sind, von 17,4 % (2012) auf 23,3 % (2016). Prekäre Jobs und Zeit- und Leiharbeit nehmen zu. Von der Wohnungsnot sind auch Menschen mit normalen Einkommen betroffen, die keinen Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Viele suchen lange nach einer bezahlbaren Wohnung oder müssen Mietpreise akzeptieren, die sie sich eigentlich nicht leisten können.

Selbstbestimmtes Wohnen für Alle!

Viele Menschen, die vor Krieg und Verfolgung zu uns geflüchtet sind, müssen in Gemeinschaftsunterkünften oder Lagern leben. Andere haben zwar das Recht, in eine eigene Wohnung zu ziehen, müssen jedoch häufig in ihrer vom Staat zugewiesenen Unterkunft bleiben, da sie keine bezahlbare Wohnung finden. Dies betrifft über 2.800 Geflüchtete in Nürnberg (Stand Sommer 2017). Ob geflüchtet oder nicht: Die Freiheit zu wählen, wo wir wohnen möchten, ist oft nicht mehr als ein frommer Wunsch. Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware. Auch das Wohnungsamt hat nichts zu verteilen. Rund 8200 Haushalte waren 2016 beim Wohnungsamt gemeldet. Nur rund 1.000 Haushalten konnte eine Wohnung vermittelt werden.

Was tut die Stadt Nürnberg?

Städtische Wohnungen werden privatisiert, städtische Grundstücke verkauft (z.B. das Tafelgelände), die Stadt erteilt eine Baugenehmigung nach der anderen für Luxuslofts, Hotels, Appartement-Häuser und Co. In Nürnberg gab es im Jahr 1980 ca. 65.000 Sozialwohnungen, 2016 waren es nur noch ca. 18.000. Nur rund 6 % der Wohnungen in Nürnberg sind heute noch belegungsgebunden!

Von der Stadt Nürnberg ist immer wieder zu hören, dass sie ja auch nichts machen könne. Es läge ja am Bund, den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, Mieten zu deckeln und was nicht alles noch möglich wäre, um die Wohnungsnot quasi sofort zu beenden. Sowohl beim Bund als auch beim Land oder der Kommune hängt es aber vom politischen Willen ab, Handlungsspielräume offensiv zu nutzen und zu erweitern oder eben nicht.



Die Stadt Nürnberg könnte, wenn sie wollte, sofort handeln:

Sie könnte sofort den Ausverkauf städtischer Flächen und Wohnungen stoppen, könnte keine Baugenehmigungen für hochpreisigen Wohnraum mehr erteilen und sie könnte beschließen, dass die städtische Wohnbaugesellschaft (wbg) Mietsteigerungen in wbg-Wohnungen stoppt und keine dieser Wohnungen mehr privatisiert! Darüber hinaus könnte sie die vom Baurecht gegebenen Möglichkeiten, die Miet-Entwicklung in Stadtteilen zu steuern, konsequent nutzen, z.B. durch Milieuschutzsatzungen, Zweckentfremdungsverordnungen, Ausübung von Vorkaufsrechten oder dadurch, dass sie den Erwerb von Grundstücken und Wohnungen durch finanzmarktorientierte Wohnbaukonzerne verhindert. Sie könnte mit den Kosten der Unterkunft (KdU) den tatsächlichen Mietpreis vollständig übernehmen und mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln den Mietenspiegel drücken (z.B. über eine Mietsenkung bei der wbg) oder

auch den prozentualen Anteil des geförderten Wohnungsbaus bei großen Neubauprojekten von 30% auf 50%, 80% oder gar 100% heben. Die Stadt hat also viele Mittel, um in den Wohnungsmarkt steuernd einzugreifen.

Die Stadt Nürnberg verkauft ihre letzten 200 Wohnungen – Wir sind dagegen!

Die Stadt Nürnberg besitzt direkt noch 200 Wohnungen. Gemäß Stadtratsbeschluss vom ##### sollen diese verkauft werden: an die bisherigen Mieter (= Privatisierung) oder an die wbg (sofern diese ein wirtschaftliches Interesse an diesen Wohnungen hat) oder an private Investoren.

Klar, mit einem Verkauf an die wbg könnten diese Wohnungen weiterhin als Sozialwohnungen genutzt werden. Man sollte jedoch wissen: Die wbg ist Bestandteil der Städtischen Werke Nürnberg, diese ist eine GmbH, Alleingesellschafter ist die Stadt Nürnberg. Eine GmbH handelt mit der Absicht, Gewinne zu erzielen. 2016 erwirtschaftete die WBG ein Jahresergebnis von 17 680 Tausend Euro. Bis 2004 war die wbg als Regiebetrieb unmittelbar in die Stadtverwaltung eingegliedert. Damals hat der Stadtrat mehr, direktere Einflussmöglichkeiten auf die Wohnungspolitik der wbg als heute.

Unser Vorschlag: Die 200 Wohnungen bilden den Grundstock für ein Kontingent, aus dem die Stadt Nürnberg Menschen in Not schnell eine Wohnung vermitteln kann.

Miteinander diskutieren, sich organisieren, gemeinsam auf die Straße gehen!

Immer mehr Menschen kämpfen für ihre Interessen. Gehen gemeinsam auf die Straße so wie zuletzt über 25.000 Menschen in Berlin. Wenn wir zusammen kommen, uns vernetzen und uns solidarisch von unten organisieren können wir eine starke MieterInnenbewegungen aufbauen, die unsere Interessen, die Interessen der großen Mehrheit, auf die Tagesordnung setzt. Wir lassen uns dabei nicht spalten, wir setzen der Konkurrenz unsere Solidarität entgegen!

Wir wollen das Wohnraum keine Ware mehr ist. Wir wollen das jeder Mensch, egal wo her einmal gekommen oder wie groß der Geldbeutel ist, gut wohnen kann. Solange das Streben nach Profit für jeden Lebensbereich bestimmend ist und nicht der Mensch und seine Bedürfnisse im Mittelpunkt allen Denkens und Handelns stehen, werden wir weiter kämpfen.

Am 14.Juli „Auf die Straße gegen Sozialraub und Mietenwahnsinn! Mieten runter! Einkommen rauf! Kapitalismus abschaffen!“.



Wer wir sind:

Die AG Wohnen des Sozialforums Nürnberg diskutiert und arbeitet zu der Frage, wie für alle ausreichende und bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können. Neben Aktionen wie der heutigen, treffen wir uns monatlich im Nachbarschaftshaus Gostenhof, meistens am zweiten Montag um 20:00 Uhr. Bei Rückfragen oder Interesse sind wir außerhalb unserer Treffen auch über die E-Mail-Adresse sozialforum-nuernberg@web.de zu erreichen.

Schließt euch der Wohn-AG an – gemeinsam wehren – aktiv werden gegen Kündigungen, Mieterhöhungen, Luxussanierungen und gegen profitorientierten Wohnungsbau. So wie es ist kann es nicht bleiben! Selbstbestimmtes statt profitorientiertes Wohnen!

